

Stand: 05.03.2010 09:58:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/3271

"Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, einen Beitrag der Finanzinstitute zur Aufarbeitung der Lasten der Krise einfordern"

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld** und **Fraktion (CSU)**,

Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde und **Fraktion (FDP)**

Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, einen Beitrag der Finanzinstitute zur Aufarbeitung der Lasten der Krise einfordern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung bei ihren Anstrengungen um geeignete Instrumente zur Verhinderung zukünftiger Krisen des Weltfinanzsystems sowie zur Einforderung eines Beitrags der Finanzinstitute an den öffentlichen Lasten der Krise weiterhin aktiv und nachhaltig zu unterstützen.

Primäres Ziel ist dabei ein im Kreis der G20-Staaten abgestimmter Ansatz, der eine Benachteiligung des Finanzplatzes Deutschland vermeidet. Hierzu kommt es auf die Vorschläge des Internationalen Währungsfonds an, der auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh einen entsprechenden Auftrag erhalten hat.

Vorabfestlegungen, die diesen wichtigen internationalen Ansatz erschweren, müssen vermieden werden.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld u. a. und Fraktion (SPD)

Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen, Einführung einer internationalen Transaktionssteuer (Drs. 16/3252)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU),

Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)

Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, einen Beitrag der Finanzinstitute zur Aufarbeitung der Lasten der Krise einfordern (Drs. 16/3271)

Zunächst aber habe ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung zum weiteren Vorgehen.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich erlaube mir nur eine Anmerkung zu machen. Wenn wir beim Haushalt, bei dem sehr vieles redundant war, nicht 30 Minuten geredet, sondern uns auf 25 Minuten oder 20 Minuten beschränkt und auf das Wesentliche konzentriert hätten, hätten wir es auch geschafft; dafür hätten wir jetzt mehr Zeit.

(Hubert Aiwanger (FW): Ein guter Tipp, aber zu spät!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das war jetzt mehr eine Anmerkung als ein Beitrag zum Fortgang der Tagesordnung. Ich nehme sie zur Kenntnis.

Die erste Wortmeldung für die SPD-Fraktion kommt von Herrn Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die sanften Ermahnungen verstanden und werde mich bemühen, ihnen Rechnung zu tragen, damit wir das Antragspaket noch behandeln können. Eine Bemerkung vorab:

Das Budgetrecht ist das höchste Recht, das der Landtag hat. Daraus sind auch die Parlamente entstanden.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine schon, dass der Nachtragshaushalt ein wichtiger Punkt ist, über den eine intensive Debatte zu führen ist. Als Parlamentarier sollten wir uns darüber einig sein.

Der Dringlichkeitsantrag, den wir zur Finanztransaktionssteuer eingereicht haben, passt ganz gut zu den Haushaltsberatungen. Bei den Haushaltsberatungen ist deutlich geworden, dass wir in einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise stecken, die ihre Ursachen hatte, und dass wir in den öffentlichen Haushalten und darüber hinaus deren Folgen bekämpfen müssen. Deshalb müssen wir uns fragen, wer für die Folgen der Krise aufkommt und wie wir in Zukunft solche Erscheinungen vermeiden können. Wir müssen uns fragen, wie wir die Probleme, die in den öffentlichen Haushalten entstanden sind, lösen können. Wir müssen darüber intensiv diskutieren, wir brauchen aber auch eine klare Orientierung.

Der Antrag meiner Fraktion zielt auf eine klare Auseinandersetzung des Bayerischen Landtags mit diesem Thema und auf ein Bekenntnis zur internationalen Finanztransaktionssteuer ab.

Für eine solche Steuer gibt es fünf Gründe. Einen Grund habe ich schon genannt, es sind die Kosten, die die Finanzmarktkrise hervorgerufen hat und die von den öffentlichen Kassen getragen werden müssen. Es kann nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also die normalen Lohn- und Einkommensteuerzahler für diese Krise aufkommen. Wir müssen auch die an der Finanzierung beteiligen, die zu den Profiteuren des Finanzmarkts gehören und die die Krise mit verursacht haben. Soweit der erste Punkt.

Zweitens. Der Antrag betrifft auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Eine ganz elementare Frage lautet: Wie schaffen wir ein gerechtes Steuersystem unter Berücksichtigung dieses Aspektes?

Wir müssen dringend die öffentliche Infrastruktur finanzieren. Das ist heute aus den Ausführungen des Finanzministers zu den Perspektiven deutlich geworden. Unsere Haushalte sind unterfinanziert. Darüber sollten wir uns fraktionsübergreifend einig sein.

Wir müssen Instrumente finden, mit denen wir künftig Spekulationskrisen verhindern können. Auch dazu ist die Finanztransaktionssteuer ein wirksames Instrument.

Last but not least müssen wir die Verschuldung abbauen, denn sie ist eine Gefahr für die Gestaltungskraft der Politik.

Das sind die fünf Gründe, die eindeutig für eine Finanztransaktionssteuer sprechen. Die Vorteile gegenüber der Dopingsteuer sind klar. Die Finanztransaktionssteuer ist eine sehr breit angelegte Steuer. Sie umfasst außerbörsliche Transaktionen von Wertpapieren, aber auch alle börslichen Transaktionen, Anleihen, Derivate und alle Devisentransaktionen. Der Vorteil gegenüber der Börsenumsatzsteuer, die es schon einmal gab, besteht darin, dass auch alle außerbörslichen Geschäfte einbezogen werden. Der gesamte Finanzmarkt wird mit einbezogen. Damit bekommen wir eine breite Bemessungsgrundlage. Eine solche Steuer ermöglicht uns auch einen niedrigen und vernünftigen Steuersatz. Wir belasten damit nicht die einfachen normalen Anleger am Aktienmarkt, sondern diejenigen, die massiv stündlich mit den Schwankungen spekulieren und permanent Transaktionen durchführen. Das ist ein sinnvolles Ziel. Belastet werden sollen vor allem das kurzfristige Zocken und Spekulationen. Das hätten wir damit erreicht.

Wir wollen, dass Reden und Handeln in der Politik übereinstimmen. Wir wollen ein klares Bekenntnis zum Instrument der Finanztransaktionssteuer. Alles wohlfeile Gerede in diese Richtung, das wir gehört haben, ist nur Populismus, wenn den Reden keine Taten folgen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Halbleib, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Kirschner?

Volkmar Halbleib (SPD): Das machen wir zum Schluss.

Wir haben ein klares Stufenkonzept. Wir wollen international erfolgreich sein. Dafür kämpfen wir auch. Wenn aber eine internationale Lösung nicht möglich ist, wollen wir ein klares Bekenntnis dazu, dass wir uns auf EU-Ebene massiv für eine solche Steuer einsetzen. Wenn diese Einigkeit auf EU-Ebene, was vielleicht auch schwierig ist, nicht erzielt werden kann, wollen wir auf nationaler Ebene ein klares Bekenntnis dazu. Wir wollen mit dieser Steuer ernst machen. Wir wollen nicht nur darüber reden, sondern damit ernst machen. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis. Wenn es international scheitern sollte, wollen wir auf nationaler Ebene die Finanztransaktionssteuer.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe darauf gehofft, dass diesem Antrag, der wirklich vernünftig formuliert ist, insbesondere von Seiten der CSU zugestimmt wird. Leider wird von Ihnen ein eigener Antrag vorgelegt, der das Verhalten der CSU etwas infrage stellt. Aufgrund dieses Antrags gehe ich davon aus, dass die CSU zusammen mit der FDP unserem Antrag nicht zustimmen wird. Deshalb müssen wir Fragen an Sie stellen. Mit diesem nichtssagenden, windelweichen Antrag, den Sie, CSU und FDP gemeinsam, gestellt haben, ist überhaupt keiner Diskussion über eine Finanztransaktionssteuer gedient. Nach seinen Äußerungen ist der Ministerpräsident für eine solche Steuer. Wir stellen aber fest, dass dies wieder nur wohlfeile Worte statt konkreter Konzepte gewesen sind. Sie klingen populistisch sehr gut, haben aber keine Konsequenzen für die politische Arbeit. Außerhalb des Parlaments reden Sie so, innerhalb des Parlaments anders. Damit untergraben Sie unsere Glaubwürdigkeit. Deshalb sind wir davon enttäuscht, dass unser Antrag bei Ihnen nicht auf breite Zustimmung stößt.

Abschließend noch zu Ihrem Antrag: Ich kann keinen Ansatz dafür erkennen, dass Sie einen konkreten Vorschlag für eine Beteiligung der Finanzmärkte an der Bewältigung

der Krise machen. Sie sprechen von geeigneten Instrumenten, nennen aber keine. Sie reden nur von Beiträgen der Finanzinstitute und der Banken. Das ist schön und gut und auch richtig. Wir wollen aber auch diejenigen mit einbeziehen, die mit Aktienspekulationen gewinnen. Das sind nicht nur die Banken, sondern das sind genauso die Anleger. Insofern verstehen wir die Verhaltensweise der CSU nicht.

Wir hätten uns gefreut, wenn Sie die Kraft gehabt hätten, auch hier im Parlament gegenüber dem Koalitionspartner klar Position für eine Finanztransaktionssteuer zu beziehen. Insofern schließt sich der Kreis, denn jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Kirschner. Wir bedauern es sehr, dass die SPD nicht nur in der Wirtschafts- und in der Steuerpolitik, sondern auch in diesem wichtigen Punkt, in der Finanzmarktpolitik, ihre Klientelpolitik weiter betreibt. Es ist ein Hohn, wenn Sie den Arbeitnehmern Steuerentlastungen versprechen. Diese müssen die Lasten tragen, weil Sie sich weigern, auch diejenigen an der Krise zu beteiligen, die sie verursacht und die an ihr verdient haben. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Aus den genannten Gründen werden wir gegen den gemeinsamen Antrag der CSU und der FDP stimmen. Er ist kein Beitrag zu irgendeiner Diskussion. Es ist bedauerlich, dass die CSU nicht die Kraft besitzt, sich gegenüber der FDP durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Halbleib, bleiben Sie bitte hier. Es folgt eine Zwischenintervention von Herrn Dr. Kirschner.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Kollege Halbleib, Sie haben zu mir gesagt, der Kreis schließt sich. Ich nehme diese Bemerkung ganz kurz auf. In der Sache bin ich völlig bei Ihnen. Wir wollen uns hier und heute aber nicht festlegen, weil wir uns nicht festlegen können, weil die Finanztransaktionssteuer kein deutsches und auch kein europäisches, sondern ein internationales Problem ist. Wir können uns nicht abkoppeln. Ich frage mich, was eine Transaktionssteuer sein soll. Unser finanzpolitischer Sprecher, Herr Prof. Barfuß, wird gleich darauf zu sprechen kommen. Wir sind ganz klar für einen Fonds, der

über Jahrzehnte aufgebaut wird und in die Hand des Bundes kommt. Das nächste Problem wird nämlich kommen, das sage ich Ihnen schon voraus. Es wird nicht nur ein kleines Problemchen kommen, sondern wir werden wieder ein großes Problem haben. Bekanntermaßen sind die Steuern dann aber weg. Wir von der FDP plädieren für einen Fonds. Deshalb frage ich Sie ganz konkret, was mit der Steuer passiert? Wird diese Steuer angelegt oder soll sie irgendwo im Haushalt verschwinden?

Volkmar Halbleib (SPD): Aus meiner Sicht ist ein Fond bei den Banken zwingend erforderlich, um die Kräfte der Banken zu stärken, damit diese mit den Krisen selbst fertig werden. Das andere aber ist eine Beteiligung derjenigen, die Finanztransaktionen vornehmen, an der allgemeinen Finanzierung des Staates, an den Haushaltslöchern und an den Steuerausfällen, die durch die Finanzmarktkrise entstanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Das sind doch zwei Aspekte, die gleichberechtigt nebeneinander stehen. Was ich Ihnen vorwerfe, das ist, dass Sie weder zu dem einen noch zu dem anderen Stellung nehmen. Sie sprechen von einer Beteiligung der Kreditinstitute, aber Sie nennen keinen einzigen konkreten Vorschlag, wie Sie es schaffen wollen, dass auch in Bezug auf die allgemeinen Steuereinnahmen ein Beitrag geleistet wird. Das ist nach meiner Auffassung zwingend erforderlich, auch und gerade, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also die normalen Leute, zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die CSU bitte ich jetzt Graf von und zu Lerchenfeld nach vorne. Bitte schön.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herzlichen Dank, liebe Frau Präsidentin. Hohes Haus! Herr Kollege Halbleib hat dargestellt, die weltweite Finanzkrise hat die öffentlichen Haushalte in massivster Art und Weise belastet. Alleine die Bundesrepublik Deutschland hat für die Stabilisierung des Finanzsektors auf Bundesebene fast 480 Mil-

liarden Euro bereitgestellt, für die auch die Bundesländer teilweise mithaften müssen. Die Folgen der Finanzmarktkrise, die durch unverantwortliche Spekulation ausgelöst worden ist, können wir auch dadurch spüren, dass die Gesamtwirtschaft getroffen wurde und dass wir mittlerweile erhebliche Einnahmeeinbrüche bei den Steuern haben. Es kann deshalb nicht sein, dass diejenigen, die die Finanzkrise verursacht haben, sich aus der Verantwortung stehlen, mittlerweile wieder Milliardengewinne machen und nichts zur Konsolidierung der Haushalte beitragen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht sein, dass Verluste verstaatlicht werden, während die Gewinne wieder in die Taschen der unverantwortlichen Spekulanten zurückwandern. Es kann und darf auch nicht sein, dass schon heute internationale Banken wieder große Gewinne machen und Milliarden an Boni zahlen, gleichzeitig aber keinerlei Vorsorge getroffen wird, dass eine neue Blase im Finanzmarkt platzt, so dass wir dann wieder mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben. Wir können und dürfen die Banken nicht aus der Verantwortung entlassen.

(Christa Naaß (SPD): Okay, und was tun Sie dann?)

Das ist nicht nur eine Frage der Finanz- oder der Haushaltspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern das ist auch eine Frage der Ethik in der Wirtschaft. Das ist eine Frage der Verantwortung für unser Gemeinwesen und des moralischen Handelns in einer Wirtschaft. Ich bin deshalb unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er schon zu Beginn der Koalitionsverhandlungen bei der Bundesregierung auf die Bundeskanzlerin eingewirkt hat, dass die Verantwortlichen der Finanzmarktkrise entsprechend zur Kasse gebeten werden.

(Christa Naaß (SPD): Und was passiert?)

Sie müssen daran mitwirken, die Löcher in den öffentlichen Haushalten zu stopfen, die letzten Endes von ihnen verursacht worden sind. Der Ministerpräsident hat dabei, wie

man überall nachlesen konnte, schon frühzeitig darauf hingewiesen, dass eine internationale Besteuerung von Finanztransaktionen auch ein Mittel für einen gerechten Beitrag der Finanzinstitute und der Anleger für die von Ihnen verursachten Lasten der öffentlichen Hand darstellt. Bereits auf dem G-20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 wurde die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer diskutiert, für die auch die Bundeskanzlerin bekannterweise die Unterstützung Deutschlands angekündigt hat. Dort wurde ein Prüfauftrag an den internationalen Währungsfond gegeben, Konzepte zur Beteiligung des Finanzsektors insgesamt an den Kosten der Krisenbewältigung zu erarbeiten und dabei auch die globale Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen zu prüfen.

Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, fordern uns in Ihrem Dringlichkeitsantrag dazu auf, die Bundesregierung davon zu überzeugen, dass die Finanztransaktionssteuer nützlich ist. Ich kann nur sagen: Vielen Dank, Sie sind endlich aufgewacht. Das hat sogar die Opposition im Bundestag schon erkannt und dort eingebracht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Entschuldigen Sie mal, das war ein Vorschlag von Peer Steinbrück und von niemand anderem! Das wissen Sie ganz genau!)

Die Finanztransaktionssteuer kann aber nur ein Schritt sein, um die Probleme auf den Finanzmärkten tatsächlich in den Griff zu bekommen. Die Gefahren einer neuen weltweiten Finanzkrise lassen sich mit dieser Steuer allein nicht lösen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Halbleib?

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Ich glaube, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich meine Rede zu Ende führen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie ist nur ganz kurz!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Halbleib, möchten Sie eine Zwischenintervention machen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein.)

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Ich wiederhole: Die Finanztransaktionssteuer kann nur ein Schritt sein, die Probleme auf den Finanzmärkten in den Griff zu bekommen. Die Gefahren einer weltweiten Finanzkrise lassen sich nicht allein mit dieser Steuer lösen. Hier sind weitere international abgestimmte Maßnahmen notwendig. Wir sollten dabei genau aufpassen, dass die Einführung dieser Steuer nicht zu einem Bumerang für Deutschland wird. In der Regierungserklärung vom 17. Dezember 2009 hat die Bundeskanzlerin deshalb zu Recht einen nationalen Alleingang oder eine Beschränkung auf die Europäische Union kategorisch ausgeschlossen. Wenn Deutschland diesen Schritt alleine gehen würde, würden die Finanzplätze in anderen Staaten davon profitieren. Ich glaube, hier müssen wir besonders aufmerken: Auch die Finanzaufsicht in Deutschland würde bei ihren Aufgaben davon beeinträchtigt werden. Ich fürchte außerdem, dass durch diese Hintertür eventuell eine Besteuerungskompetenz für die EU oder für andere internationale oder übernationale Organisationen eingeführt werden könnte.

Eine internationale Finanztransaktionssteuer muss eine nationale Steuer bleiben, wenn sie auch nach einem international harmonisierten Konzept erhoben werden muss. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass von so einer Steuer nur die Länder profitieren, die wirklich große interessante Finanzplätze haben. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat ermittelt, dass Großbritannien wahrscheinlich das aus einer Transaktionssteuer sechsmal so viel an Steuern wie Deutschland einnehmen wird. Wenn man also will, dass sich die Banken an den Kosten der Krisenbewältigung in allen Staaten beteiligen, dann muss man auch dafür sorgen, dass ein gerechtes Verteilungssystem für diese Steuer zwischen allen Staaten ermöglicht wird.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat darüber hinaus eine Schätzung auf der Grundlage des Jahres 2008 vorgenommen, nach der in Deutschland etwa zwi-

schen 10 und 55 Milliarden Euro eingenommen werden könnten, je nachdem, wie diese Steuer ausgestaltet wird. Diese Größenordnung ist aber nur dann realistisch, wenn diese Transaktionssteuer tatsächlich international eingeführt wird und damit keine Ausweichmöglichkeiten gegeben sind. Das Beispiel von Schweden hat gezeigt, dass bei einem nationalen Alleingang nur ein Bruchteil der erwarteten Steuern tatsächlich eingenommen wird. Schweden hat im Jahr 1985 die Börsenumsatzsteuer wieder eingeführt. Man hat damals geschätzt, dass etwa 1,5 Milliarden Schwedische Kronen eingenommen werden. Weil Schweden diese Steuer aber allein eingeführt hat, sind bis heute jährlich nur etwa 50 Millionen Schwedische Kronen im Durchschnitt zu erzielen. Das zeigt sehr deutlich, dass ein nationaler Alleingang nichts bringt. Wir sollten uns deshalb davor hüten, Vorfestlegungen zu treffen, die uns binden und die zum Nachteil für Deutschland internationale Vereinbarungen erschweren würden.

(Beifall des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, werden wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen. Ich bitte sie sehr darum, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch kurz stehen. Herr Kollege Halbleib, wollen Sie jetzt eine Zwischenintervention machen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein, angesichts der kurzen Zeit! - Georg Schmid (CSU): Philipp, der traut sich nicht mehr!)

- Danke schön, Herr Kollege. Ich rufe für die Freien Wähler Frau Schweiger auf. Bitte.

Tanja Schweiger (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, über das wir sprechen, ist gerade sehr "in". Herr Obama spricht von der internationalen Transaktionssteuer, Frau Merkel spricht sich dafür aus, Herr Seehofer hat sich schon dafür ausgesprochen. Die SPD im Bund ist dafür, die GRÜNEN ebenfalls. Mittlerweile sitzen wichtige Herren und Damen in Davos zusammen und sprechen über

dieses Thema. Heute haben auch wir in den letzten Minuten dieser Plenarsitzung noch die Gelegenheit, uns im Bayerischen Landtag über dieses wichtige globale Thema zu unterhalten.

Es ist mittlerweile auch "in", über die Banken schlechthin zu schimpfen. Es ist sehr einfach, immer zu sagen "die" haben alles verkehrt gemacht, "die" sind an allem schuld, "die" sind für alles verantwortlich.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ja, wer denn sonst?)

Ich möchte in diesem globalen Zusammenhang schon das eine oder andere ausdifferenzieren. Wir müssen uns heute mit den Folgen der Landesbankkrise auseinandersetzen, weil eine Landesbank irgendwann auf dem US-amerikanischen Markt Papiere gekauft hat, zu einem Zeitpunkt, als der Markt eigentlich nicht mehr florierte und die Leute, die sich auskennen und das Geschäft verstehen, das Ganze schon eher wieder abgestoßen haben. Da ist die Landesbank aufgesprungen und hat diese Papiere gekauft. In diesem Zusammenhang bringt uns eine internationale Transaktionssteuer auch nichts mehr.

(Hubert Aiwanger (FW): Eine Dummensteuer hätten wir gebraucht!)

- Danke. Gegen ein solches Vorgehen ist noch kein Kraut gewachsen. Ein kleiner Teil der Banken hat keine Staatshilfen in Anspruch genommen. Sie haben ein ordentliches Risikomanagement und sie haben ihr Geschäft verstanden; sie haben die nötige Verantwortung und Vorsicht walten lassen. Ich möchte mich dagegen verwahren, dass alle in einen Topf geworfen werden, weil es im Moment schön ist, alle in einen Sack zu stecken, draufzuhauen und zu sagen: Man erwischt keinen Verkehrten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es ist immer wichtig, zu unterscheiden, ob es sich um eine staatliche Bank handelt, bei der ich den Bürgern gegenüber in der Verantwortung bin, die sich nicht wehren können, oder ob es sich um eine Geschäftsbank handelt, bei der ein Aktionär sagen kann: Ich

kaufe die Aktie, weil ich mit dem Geschäft, das hier gemacht wird, einverstanden bin. Ein weiterer Teil der Banken hat einen Rettungsschirm bekommen. Da muss man genau hinschauen und man muss sie in die Verantwortung nehmen, denn wenn der Staat nicht eingegriffen hätte, wäre die eine oder andere Bank pleitegegangen.

Graf Lerchenfeld, Sie haben gesagt, man muss schauen; es geht nicht, dass diese Banken zuerst Verluste gemacht haben, jetzt aber wieder Gewinne machen und sich an den staatlichen Kosten weiterhin nicht beteiligen. Ich glaube, wir müssen steuerrechtlich überprüfen, ob solche Banken ihre Verluste weiterhin mit künftigen Gewinnen verrechnen können und der Staat dabei leer ausgeht für die nächsten Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte, weil zunächst einmal überhaupt keine Steuern bezahlt werden. Man sollte da vielleicht zusätzliche Konditionen einführen. Das wäre eine Möglichkeit. Denn hier wird immer davon gesprochen, dass die Banken an den Kosten der vergangenen Krise, die sie schließlich ausgelöst haben, beteiligt werden sollten. Eine internationale Transaktionssteuer ist auf die Zukunft gerichtet. Wer sich in der Vergangenheit etwas zuschulden hat kommen lassen, -- Das passt für mich nicht zusammen. Ich finde es schön, dass Sie hier nicken und dass wir uns über diese Vorgehensweise vielleicht doch noch unterhalten können. -

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist das Ziel?)

- Das kommt noch. Ich habe noch 17 Minuten Redezeit.

(Georg Schmid (CSU): Lass dir Zeit, es pressiert nicht!)

Es ist klar, worum es bei dem Ganzen geht: Es geht doch nicht um irgendeine Bankenkrise; mittlerweile haben wir eine gesellschaftliche Krise. Diese können wir nicht mit einer internationalen Transaktionssteuer beheben. Es geht darum, dass in unserer Gesellschaft keiner mehr Verantwortung übernehmen möchte, dass wir nur noch fehlende Verantwortung haben, dass Werte und Tugenden wie Seriosität und Kontinuität überhaupt nicht mehr im Mittelpunkt unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns stehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es geht darum, dass nur noch der persönliche Vorteil im Mittelpunkt steht, der kurzfristige Gewinn und der Egoismus, und dass keine gesamtgesellschaftliche Verantwortung mehr da ist. Dieses Verhalten hat uns in diese Krise geführt, in der wir jetzt sind. Da ist die internationale Transaktionssteuer ein Mittel, wie Sie schön gesagt haben, Kollege Graf Lerchenfeld, aber nicht die heilbringende Lösung in diesem ganzen Desaster. - Ich wollte das nur noch einmal für mich deutlich machen.

Zu den Anträgen: Dem Vorschlag der Transaktionssteuer werden wir uns selbstverständlich anschließen. Herr Halbleib hat vorhin so schön gesagt, er wolle ein klares Bekenntnis aus Bayern haben. Dem wollen wir uns nicht verwehren; keine Frage. Es ist eine sinnvolle Möglichkeit, zusätzliche Steuern zu generieren. Wie gesagt, sie ist ein Mittel. Aber es ist wichtig, das international einzuführen. Es geht nicht, das nur national oder in Europa zu machen. Damit schwächen wir unseren eigenen Börsenplatz, unsere eigenen Finanzplätze. Jeder weiß: Kapital ist flüchtig wie ein scheues Reh. Man geht dann lieber dorthin, wo man sich wohl und sicher fühlt. Deswegen können wir das nicht national sehen.

Wir alle haben schmerzlich erfahren müssen, dass wir uns in einer globalisierten Welt bewegen. Deswegen können wir hier nicht mit nationalen Vorschriften vorgehen.

Ich finde es sehr positiv, dass nicht nur Börsengeschäfte, sondern auch außerbörsliche Geschäfte einbezogen werden sollen. Das ist auf jeden Fall notwendig. Fraglich ist allerdings - Sie haben es in Ihrem Vortrag anders begründet; aus dem Antrag ist es so nicht hervorgegangen -, ob hier denn wirklich jeder einzelne Investmentsparplan berücksichtigt sein sollte. Sie haben vorhin von Anleihen gesprochen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich frage mich, ob es Sinn macht, auch den kleinen Sparer mit seiner Bundesanleihe damit zu belasten oder ob man nicht fragen sollte, wenn es um einen Mitarbeiter geht,

der Belegschaftsaktien hat, ob das so sinnvoll ist. In diesem Zusammenhang geht es vor allem auch um Derivate. Die Problematik ist da natürlich, dass wir einen sehr großen, teilweise einen tausendfachen Hebel haben: eigentlich einen kleinen Einsatz und ein Riesengeschäft, das dahinter steht. Auch da trifft man nicht genau dorthin, wo man möchte, wenn man nur die Transaktion besteuert. Aber das gebe ich in die Hände derer, die sich dann mit der Ausgestaltung auseinandersetzen müssen.

Im Grunde wird dieses sehr sinnvolle Anliegen von uns unterstützt. Wir möchten auch ein klares Bekenntnis nach Berlin geben. Ich habe vorhin schon mit der SPD gesprochen; wir beantragen, über die vier Punkte des Antrags einzeln abzustimmen, weil wir nicht für eine nationale Lösung sind, aber grundsätzlich die Punkte 1 und 2 mittragen.

Der Antrag der CSU schadet nicht, tut nicht weh, er bringt aber auch nicht viel. Wir werden auch hier zustimmen. Wie gesagt, wir sehen das als klares Bekenntnis, nicht mehr und nicht weniger. Das Thema ist auch nicht unbedingt ein bayerisches. Inwieweit die Inhalte und die Ausgestaltung realisierbar und machbar sind, wird sich nicht hier herin entscheiden. Aber wir sollen auf keinen Fall daran schuld sein, wenn das Ganze scheitert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin. Wir haben uns im Ältestenrat darauf geeinigt, die Sitzung um 19 Uhr zu beenden, weil wir uns um 20 Uhr zur Gedenkveranstaltung treffen wollen. Wir haben noch drei Wortmeldungen vorliegen. Die Abstimmung zu diesen beiden Anträgen werden wir nicht mehr durchführen können. Sie werden in dem dafür zuständigen Ausschuss erfolgen. Sie werden aber auch verstehen, dass ich aus Gleichbehandlungsgründen die verbleibenden Redner, die sich zu Wort gemeldet haben, nicht auffordern werde, zu verzichten. Wir haben im Ältestenrat ebenfalls vereinbart, dass Redebeiträge nicht zu Protokoll gegeben werden. Deswegen überlasse ich es den noch ausstehenden Rednern, Herrn Hallitzky von den GRÜNEN,

Herrn Dr. Barfuß und Herrn Staatsminister Fahrenschohn, ob sie ihre Wortbeiträge wahrnehmen wollen. Als Nächster hat das Wort Herr Hallitzky. Bitte.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Wenn wir alle drei verzichten, könnten wir abstimmen!)

Eike Hallitzky (GRÜNE): Es wäre direkt schade, wenn ich jetzt nicht reden könnte. Im Übrigen, Frau Heckner, ich will Ihnen ein Vergnügen bereiten. Bis acht Uhr schaffen Sie es schon, und bis sieben schaffen wir es auf keinen Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Botschaft des heutigen Antrags zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist ja nicht, dass die SPD glaubt, sie hätte diese Idee neu geboren. Sie hat auch im politischen Geschäft nicht die Urheberschaft; das ist bekannt. Wir hatten beispielsweise vor einem Jahr im Bundestag einen solchen Antrag gestellt.

Die Botschaft des heutigen Antrags ist auch nicht die, dass die SPD glaubt, man könne mit der Finanzumsatzsteuer alle Probleme, die zur Bankenkrise und zur Finanzmarktkrise geführt haben, auf einmal erschlagen. Das ist uns allen klar. Das wissen die SPD-Mitglieder genau, das wissen die GRÜNEN genau, und das wissen vermutlich auch die einen oder anderen Kollegen aus der Regierungsfraktion. Wir brauchen sehr viel mehr; das ist bekannt. Es geht um den Ausbau und die Stärkung der nationalen und europäischen Finanzdienstleistungsaufsicht, die Neuordnung der Bundesbanken, eine Kapitalunterlegung in Abhängigkeit von der Größe der Institute, um so eine Antwort auf die Marktmachtkonzentration und das Argument "Too big to fail" zu geben. Es geht auch um den automatischen Informationsaustausch über Kapitalerträge und viele andere Dinge.

Fakt ist: Es gibt sehr, sehr viele Aufgaben, es gibt aber auch sehr, sehr wenig Handeln bei der Bundesregierung und bei der Staatsregierung.

Deswegen ist die Botschaft, die hinter dem Antrag der SPD eigentlich steht - jetzt sollten alle zuhören, denn jetzt kommt der kulturpolitische Teil meiner Rede -, doch jene, die in Goethes "Faust" schon vermutlich damals bereits in Kenntnis der dramatischen Untä-

tigkeit der Schwarz-Gelben in Sachen Finanzmarktkrise gegolten hat. Diese im Blick habend, steht im "Faust":

Der Worte sind genug gewechselt,
Lasst mich auch endlich Taten seh'n!
Indes ihr Komplimente drechselt,
Kann etwas Nützliches gescheh'n.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Reden, Lippenbekenntnisse von Seehofer bis Merkel, von Schweiger bis Graf zu Lerchenfeld - um jetzt die ganz Wichtigen zu nennen -, nützen niemandem etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen. Viel versprochen hat die Kanzlerin, aber wenig gehalten. Mit der Aussage, wir schieben das auf die internationale Ebene wie bei der Besteuerung des Flugbenzins, worüber wir seit gefühlten 80 Jahren debattieren, werden wir die nächste Finanzmarktkrise nicht verhindern können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dass ich mir an dieser Stelle erspare, auf die FDP einzugehen, möge man mir nachsehen. Von der Partei, die ihren guten Namen im Wesentlichen als Hüterin von Partikularinteressen verdient hat, erwarte ich nicht, dass sie ernsthaft Widerstand gegen uneingeschränkten Liberalismus betreibt. Eigentlich ist es die Ideologie des Liberalismus, die die letzte Finanzmarktkrise befördert hat, und sie ist, wie im Übrigen auch Ihre trotz ausufernder Staatsverschuldung nicht endende unverantwortliche Steuergeschenke-Politik, die beste Garantie für die nächste Krise.

In dieser unseligen Tradition dessen, was Sie bisher abgeliefert haben, bewegt sich auch der gemeinsame Antrag von - wo ist denn Graf von und zu Lerchenfeld? - von CSU und FDP. Sie sagen zwar worthülsenreich, eigentlich wollten Sie nur das Beste, nämlich eine internationale Regelung. Aber jeder, der die reale Welt kennt, weiß, dass es die umfas-

sende internationale Regelung nicht geben wird. Sie spielen ihr altes Spiel: Reden statt handeln. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unverantwortlich.

Ein paar Sätze zur Finanztransaktionssteuer: Tatsache ist, dass die Spekulation innerhalb des Finanzmarktes sich längst völlig von der realwirtschaftlichen Basis gelöst hat und dass die Loslösung durch die Einführung einer Finanzumsatzsteuer zurückgeführt werden kann. Kurzfristige Spekulationsgeschäfte verlieren ihre Attraktivität, und das ist - danke, Herr Wowereit - auch gut so.

Vielleicht ist aber ein anderes gesellschaftspolitisches Argument genauso wichtig, das Graf von und zu Lerchenfeld eben angesprochen hat. Während die Schwarz-Gelben mit netten Reden ihr Nichtstun geschickt zu kaschieren versuchen, geschieht gleichzeitig Folgendes: Einige Leute werden, geleitet durch hemmungslose Gier und durch Spekulation, sehr reich, während die Masse der Bevölkerung mit ehrlicher Arbeit kaum mehr über die Runden kommt. Das, meine lieben schwarz-gelben Verantwortungsträger, ist eine Ungerechtigkeit, an der unsere Gesellschaft zu zerreißen droht. Deshalb ist es unsere Pflicht als Politiker, dort gegenzusteuern, wo wir können. Warum wird auf jede Weißwurst, die über den Verkaufstresen wandert, eine Umsatzsteuer erhoben, nicht aber, wenn an der Börse spekuliert wird? Diese Ungerechtigkeit akzeptieren wir nicht. Die Privilegierung der Finanzbranche muss abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute die historische Chance einer europäischen Einigung, um die Finanzumsatzsteuer einzuführen, weil hierfür nicht nur Kontinentaleuropa, sondern auch Großbritannien Unterstützung signalisiert hat. Statt diese Chance zu nutzen, schieben Sie mit reinen Lippenbekenntnissen in Berlin und heute mit Ihrem Antrag hier die Situation wieder auf die lange Bank und lassen diesen historischen Moment verstreichen. Das ist das Gegenteil dessen, was unser Land dringend bräuchte. Bei der Finanzmarktregulierung brauchen wir aktive politische Vorreiter, die handeln, und keine Taschenspieler. Deshalb ist der Antrag der SPD wichtig, richtig und dringlich.

Ich freue mich, das über einen SPD-Antrag sagen zu können. Deshalb stimmt die Fraktion der GRÜNEN dem Antrag auch zu. Auch Sie würden gut daran tun, wenn Sie heute oder wann immer er im Haushaltsausschuss behandelt wird, das auch tun würden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Selbstverständlich hätten wir niemals auf diesen Redebeitrag verzichten wollen. Gemeldet hat sich noch Kollege Dr. Barfuß. Herr Minister Fahrenschon hat dankenswerterweise zurückgezogen.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich mache es nicht ganz so zornig. Wir sind gar nicht so weit auseinander.

(Lachen bei der SPD)

- Warten Sie ab. Pflegen Sie nicht Ihre Vorurteile, sondern hören Sie zu, was ich sage.

Wir wollen keine Steuer, wir können uns aber über einen Fonds durchaus einigen. Wir wissen, dass es die Eigenschaft der Steuern ist, insgesamt dem Haushalt zuzufließen und keine Zweckbindung zu haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Es geht um die öffentlichen Haushalte!)

Ein Redner sprach heute Nachmittag davon, dass über die Kfz-Steuer wesentlich mehr eingenommen wird, als dem Straßenverkehr wieder zufließt. Das wäre mit der Finanzumsatzsteuer nicht anders. Glauben Sie, dass der amerikanische, französische, britische oder deutsche Finanzminister etwas anderes täte, als jedes Geld in den Haushalt zu stecken? Wenn der Haushalt dann aufgestellt ist, kommen die Sozialpolitiker aller Länder und geben das Geld wieder aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die öffentliche Hand hat bereits bezahlt!)

- Lassen Sie mich reden, ich habe Ihnen auch zugehört.

Nach der nächsten Blase ist wieder kein Geld da. Deshalb sagen wir, wir können durchaus mit einem Fonds leben. Wir wollen aber keine Steuern. Dabei bleibe ich. Der Fonds dient ausschließlich dazu, nach einer Blase die notwendige Liquidität zu haben, um die Blase heilen zu können.

Die Regelung geht nur im Zusammenhang mit den G-20-Staaten. Es wäre verheerend, dies auf nationaler Ebene zu machen. Sie behaupten, Sie kümmern sich um Arbeitsplätze. Ich frage Sie, wie sollen sich Unternehmen finanzieren, wenn wir auf nationaler Ebene kaum noch einen Kapitalmarkt hätten? Lesen Sie Ziffer 3 Ihres Antrags. Selbst in Europa wird es schwierig. Wir haben auf der Welt drei große Kapitalmarktplätze. Das ist Tokio, das ist New York und das ist London. London fiele dann aus und das Geschäft ginge nach Neu Delhi. Wenn London nicht mitmacht, geht die Spekulation über Tokio, New York und Neu Delhi. Damit wäre nichts gewonnen. Die Kanzlerin und alle ihre Mitstreiter haben Recht. Wir müssen das über die G 20 lösen.

Wir sind von Ihrem Ansatz gar nicht weit entfernt. Dem Grunde nach sind wir uns einig, nur über die Mittel streiten wir uns. Sie wollen eine Steuer, und wir wollen keine Steuer. Den Grund habe ich genannt.

In den Fonds sollten alle einzahlen, weil Zweckbindung gegeben ist. Auch Händler von nicht börsennotierten Papieren wie Hedgefonds und Private Equity sollten zahlen, die man mit der Steuer gar nicht erfasst. Damit man eine Ahnung bekommt, was ich meine: 0,01 % bis 0,05 % der Abgabe, die Sie Steuer nennen, die wir in einen Fonds einzahlen wollen, wären in Deutschland pro Jahr ungefähr 20 Milliarden Euro. Nehmen wir an, wir würden das zehn Jahre durchhalten, egal ob es Steuer oder Fonds heißt. Wir wollen beide das Gleiche. Wir wollen aber keine Steuer, weil die Zweckbindung fehlt. Das wären in zehn Jahren 200 Milliarden Euro. Das wäre ein Betrag, von dem man sagen kann, dass er bei der nächsten Blase wichtig wird.

Ich teile mit Frau Kollegin Schweiger die Auffassung, dass wir eine neue Ethik brauchen. Wir sollten nicht so tun, als gebe es nur auf Seiten der Banker Gier. Jeder, der mit einer

zu 4,1 % rentierlichen Sparkassenobligation nicht zufrieden ist, ist genauso gierig wie die anderen, die ihren Rachen auch nicht voll bekommen. Ich will das auch festhalten. Ein Staat - für die Staatsgläubigen -, der seine Bürger animiert zu glauben, dass jeder Bürger ein Recht auf ein eigenes Haus hat, für das er nicht einmal Eigenkapital aufbringen muss, ist an dieser Blase mit schuld gewesen. Versuchen wir das miteinander zu richten. Wir stellen uns vor, dass wir weder den ungezügelten Kapitalismus wollen, auch wenn das Ihr Feindbild uns gegenüber etwas stört. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft und keinen ungezügelten Kapitalismus. Mit unserem System ist ein Fonds durchaus zu verbinden.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Barfuß, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Halbleib?

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Selbstverständlich, ich mache das auch.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Kollege Halbleib, bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe zwei Fragen an Sie, weil Sie behaupten, wir stünden nahe beieinander. Sie stellen klar, dass das international geregelt werden muss. Können Sie mir sagen, ob die FDP mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten für eine Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene eintritt?

Und wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es auf dem Börsenplatz London, den Sie gerade genannt haben, eine Umsatzsteuer gibt, die einen Umfang von vier Milliarden Pfund bis zum Jahr 2007 jährlich verbucht hat? Der Börsenplatz London, den Sie als Beispiel anführen, hat die Börsenumsatzsteuer.

Ich bringe den von Ihnen gewollten Fonds mit dem, was Sie verkünden, nicht überein. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir zu beiden Punkten eine klare Antwort geben könnten.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Zum ersten Punkt: Wir reden nicht mit gespaltener Zunge. Was wir hier in München sagen, gilt auch in Berlin. Allerdings sind wir in einer

Koalition. Wir wollen sehen, wie sich die anderen beiden Koalitionsparteien verhalten. Wir stehen für das ein, was ich hier gesagt habe.

Sie wissen, dass es am Börsenplatz London viele Ausnahmen gibt. Wir sind der Meinung, dass man die Ausnahmen schließen könnte mit einer Abgabe für alle Transakteure von Hedgefonds und Private Equities.

Wir haben dann noch die - vielleicht belächelte - Idee. Trotzdem trage ich sie vor. Wir sollten die Erträge aus dem Fonds - bis zu 200 Milliarden Euro in zehn Jahren - verwenden, um zum Beispiel Bildung zu fördern. Das Stockkapital muss stehen bleiben, weil es sich um eine Art Stiftung handelt. Von dem Ertrag könnten wir in die Köpfe der Menschen investieren. Damit wäre Artikel 14 des Grundgesetzes auf eine interessante Art und Weise ausgelegt.

Aus den vorgetragenen Argumenten geht ganz klar hervor: Wir sind uns in diesem Hohen Hause über die Notwendigkeit im Klaren, dass aus der Ethikkrise, die sich als Finanzkrise offenbart hat, Lehren zu ziehen sind. In der Auswahl der Mittel unterscheiden wir uns.

Wir würden den genannten Fonds gerne bei der Deutschen Bundesbank hinterlegen oder bei der EZB, falls die anderen Europäer mitmachen. Aber wenn Sie uns von vornherein unterstellen, wir seien auf diesem Auge blind, täuschen Sie sich. Wir machen also gerne mit.

Deshalb bitte ich Sie, unserem Fondsvorschlag zuzustimmen.

Lieber Volkmar, wir werden uns persönlich dafür einsetzen und der Kanzlerin sagen, was uns am Herzen liegt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es scheint so zu sein, dass niemand mehr von der übrigen Redezeit, mit der wir locker die Zeit bis nach 20 Uhr füllen könnten, Gebrauch machen möchte. Daher können wir den jetzt debattierten Antrag an den dafür zustän-

digen federführenden Ausschuss überweisen. Das betrifft einmal den Antrag Drucksache 16/3252, ebenso den einbezogenen Antrag Drucksache 16/3271.

Des Weiteren verweise ich die restlichen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/3253 bis 16/3259 und die Anträge Drucksachen 16/3270, 3272, 3273 und 3275, ebenso die Anträge auf den Drucksachen 16/3277 und 3278 ebenfalls an die dafür zuständigen und vorgesehenen federführenden Ausschüsse.

Ich schließe hiermit die Sitzung. Sie sind befreit.

(Schluss: 19.12 Uhr)